

Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Telekom-Korruptionsaffäre belastet Regierung

Die indische Regierung von Premierminister Manmohan Singh (*Congress*) ist wegen der Vergabe von Mobilfunklizenzen der zweiten Generation im Jahr 2008 erheblich in Bedrängnis geraten. Das *Central Bureau of Investigation* (CBI) ermittelt wegen Bestechungsverdachts gegen Unternehmen ebenso wie gegen Staatsvertreter. Die Regierung soll die Lizenzen zu billig an die Telefongesellschaften vergeben haben, wodurch dem Staatshaushalt die astronomische Summe von 39 Milliarden US-Dollar entgangen sein soll. Die Ermittler vermuten, dass die Unternehmen im Gegenzug Schmiergelder gezahlt haben. Inzwischen wurden sowohl der ehemalige Telekommunikationsminister Andimuthu Raja als auch der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Telefongesellschaft *Etisalat* DB, Shahid Balwa, verhaftet. Die Opposition hat wegen des Skandals wochenlang jede parlamentarische Arbeit blockiert. Weitreichende Auswirkungen gibt es auch auf die Wirtschaft: Die Börse in Mumbai hat seit der Eskalation des Skandals im November 14 Prozent an Wert verloren, weil ausländische Fonds – zum Teil offensichtlich wegen des entstandenen Vertrauensverlusts – massiv Gelder abzogen.

Pannenserie überschattet *Commonwealth Games*

Auch die *Commonwealth Games*, die im Oktober in Delhi stattfanden, beschäftigen inzwischen die Ermittler des CBI. Die Spiele, die eigentlich Indiens internationalen Ruf aufpolieren sollten, waren von einer Pannenserie überschattet: Athletenunterkünfte waren in schlechtem Zustand und nicht rechtzeitig fertig, und kurz vor der Eröffnung brach eine Fußgängerüberführung zusammen. Offensichtlich haben die Organisatoren Milliardensummen unterschlagen. Dass Indien im Medaillenspiegel sensationell Platz zwei (hinter Australien und noch vor England) belegte, konnte die indische Öffentlichkeit über diese Enttäuschung nur zeitweise hinwegtrösten.

„Radiagate“ enthüllt Lobbyisten-Macht

Die Veröffentlichung abgehörter Telefonate zwischen einer einflussreichen Lobbyistin und führenden indischen Journalisten hat das Vertrauen in die Unabhängigkeit der indischen Mainstream-Medien erschüttert. Im November druckten die Zeitschriften *Outlook* und *OPEN*

die Mitschnitte von Gesprächen zwischen Niira Radia und Star-Journalisten wie Barkha Dutt (NDTV) und Vir Sanghvi (*Hindustan Times*) ab. Niira Radia arbeitete unter anderem für die *Tata*-Gruppe und *Mukesh Ambanis Reliance Industries*, zwei der größten indischen Konzerne. In ihrer dokumentierten Konversation mit Barkha Dutt gewinnt man als Zuhörer den Eindruck, dass Indiens bekannteste Journalistin sich anbietet, bei den Koalitionsverhandlungen nach der letzten Parlamentswahl Botschaften Radias an Politiker zu überbringen. Vir Sanghvi bot Radia offen an, über ihren Klienten Mukesh Ambani in ihrem Sinn zu schreiben und sogar ein von Anfang bis Ende inszeniertes Interview mit ihm zu organisieren. *Outlook* und viele Inder zogen aus den Tonbändern, die ursprünglich im Auftrag des Finanzamts entstanden, die Schlussfolgerung, die Republik sei käuflich. Dutt und Sanghvi hingegen, von vielen prominenten Freunden unterstützt, bestritten, von Radia in irgendeiner Weise beeinflusst worden zu sein und verteidigten sich mit dem Hinweis, Journalisten müssten ihre Kontakte pflegen.

Ayodhya-Urteil besänftigt Gemüter

Nach jahrzehntelangem juristischem Tauziehen hat der *High Court* von Allahabad (Uttar Pradesh) am 30. September ein historisches Urteil im Streit um die von Hindus wie Muslimen beanspruchten religiösen Stätten in Ayodhya gefällt. Radikale Hindu-Nationalisten, die glauben, dass an dieser Stelle der Gott Ram geboren sei, hatten 1992 die historische Babri-Moschee in Ayodhya zerstört, was landesweite religiöse Unruhen mit an die 2 000 Toten nach sich zog. Die Auseinandersetzung um den symbolisch wichtigen Ort prägte die indische Politik der 1990er Jahre entscheidend und war eng mit dem Aufstieg der hindu-nationalistischen *Bharatiya Janata Party* (BJP) von einer unbedeutenden Splittergruppe zur zweitstärksten politischen Kraft in Indien verknüpft. Nach dem Urteil soll das umstrittene Areal nun in drei Teile geteilt werden, von denen zwei an Hindu-Organisationen gehen: Die BJP-nahe *Ram Lala Virajman* und die *Nirmohi Akhara*. Der dritte Teil soll vom muslimischen *Sunni Waqf Board* verwaltet werden. Während das Verfahren mit dem Urteil noch nicht zu Ende ist, weil alle beteiligten Parteien jetzt dagegen vor das Oberste Gericht ziehen wollen, überwiegt wohl bei den meisten Indern die Erleichterung. Sie sind des endlosen Streits müde und wollen einen Schlussstrich unter die Angelegenheit ziehen. Die öffentlichen Reaktionen auf die Gerichtsentscheidung fielen eher positiv

aus. Mit einer Länge von über 8 000 Seiten entzieht sich die Urteilsschrift von vorne herein einer breiteren Debatte, was sicher auch dazu beigetragen hat, dass die vorher befürchteten Unruhen nach der Verkündung des salomonischen Urteils gänzlich ausblieben.

Geständnis von Swami Aseemanand belastet radikale Hindus

Swami Aseemanand, ein Vertreter des politisch radikalen Hinduismus, hat offenbar im Dezember gestanden, die Bombenanschläge auf den indisch-pakistanischen Zug „Samjhauta Express“ 2007 sowie in Malegaon (Maharashtra) 2006 organisiert zu haben. Das berichteten indische Medien, denen die polizeilichen Verhörprotokolle zugespielt wurden. Sein Geständnis bestätigt Vermutungen, wonach diese Terroranschläge nicht von islamistischen Gruppen durchgeführt wurden, wie ursprünglich angenommen wurde, sondern von Hindu-Terroristen. Neun junge Muslime sind nach wie vor in Haft wegen ihrer angeblichen Verwicklung in die Anschläge von Malegaon; sie haben inzwischen ihre Freilassung beantragt.

Diplomatisch aufgewertet

Internationale Spitzenpolitiker gaben sich im vergangenen halben Jahr in Neu-Delhi die Klinke in die Hand. Die Präsidenten oder Premiers aller ständigen UN-Sicherheitsrats-Mitglieder besuchten Indien, angefangen mit dem britischen Premierminister David Cameron im Juli. US-Präsident Obama, seine französischen und russischen Amtskollegen Sarkozy und Medwedew sowie Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao folgten. Das zeigt, wie wichtig Indien sowohl als wirtschaftlicher, wie auch als außenpolitischer Partner international geworden ist. Milliarden schwere Abkommen unter anderem im Zusammenhang der militärischen Kooperation wurden außerdem unterzeichnet. Offensichtlich kann sich keine Weltmacht mehr leisten, gute Beziehungen mit Indien den anderen zu überlassen.

Bihar-Wahlen bestätigen Nitish Kumar

Im östlichen Bundesstaat Bihar, der mit über 80 Millionen Einwohnern zu den größten in Indien gehört, konnte Ministerpräsident Nitish Kumar bei den Landtagswahlen im Oktober und November triumphieren. Nitish Kumars *Janata Dal* (United) und ihr Koalitionspartner, die hindu-nationalistische BJP gewannen beide noch deutlich Mandate hinzu und erreichten sensationelle 206 von 243 Sitzen. Nitish Kumar hatte bei der letzten Wahl die fünfzehnjährige Ära der Misswirtschaft unter Laloo Yadav (*Janata Dal*) beendet. Seine Regierung kann sich einen Rückgang

der Kriminalität und bescheidene Entwicklungserfolge zugutehalten: Obwohl Bihar nach wie vor zu den ärmsten Regionen Indiens zählt, sehnte sich offenbar kaum ein Wähler nach der Regierung Laloo Yadavs zurück.

Riesen-Airbus-Deal

Der indische Billigflieger *IndiGo* hat im Januar mit der Bestellung von gleich 180 neuen Airbus-Flugzeugen im Wert von über 11 Milliarden Euro Geschichte geschrieben. Es handelt sich um den größten Flugzeug-Deal in der zivilen Luftfahrt überhaupt. Bisher hat *IndiGo* weniger als vierzig Flugzeuge (alle ebenfalls Airbuse) am Start, und es ist nicht einmal fünf Jahre her, dass die Airline den Flugbetrieb aufgenommen hat. Skeptiker stellten daher gleich die Frage, ob *IndiGo* diese ganze Flotte von neuen Flugzeugen überhaupt bezahlen kann. Immerhin hat *IndiGo* seinen Marktanteil bei Inlandsflügen in den letzten Monaten drastisch auf 18,6 Prozent im Dezember steigern können. Sie liegt damit auf Platz zwei hinter *Jet Airways*, gleich auf mit *Kingfisher* und bereits vor *Air India*. Und diesen Sommer bekommt die Fluggesellschaft auch die Lizenz für Flüge ins Ausland. Die indische Luftfahrt wächst nach einer Delle durch die globale Wirtschaftskrise zurzeit wieder rasant – allerdings vor allem im Billigsegment.

Mikrofinanzbranche in Andhra Pradesh in der Kritik

Der südindische Staat Andhra Pradesh versucht, mit neuen gesetzlichen Regelungen Auswüchse des Mikrokredit-Booms in den Griff zu bekommen. Berichten zufolge haben Dutzende Opfer von Mikrokredit-Haien in Andhra Pradesh Selbstmord begangen. Sie hatten immer neue Kredite von verschiedenen Organisationen aufgenommen und sich so immer höher verschuldet. Nachdem mehr und mehr Bürger durch die leichte Kreditvergabe und die anschließenden hohen Zinssätze in eine Schuldenfalle getappt waren, wurden sie von Politikern in Andhra Pradesh kürzlich sogar offen dazu aufgefordert, ihre Schulden einfach nicht zu bezahlen. Die ursprünglich von NGOs und Selbsthilfegruppen getragene Mikrokredit-Bewegung ist in ihrer indischen Hochburg Andhra Pradesh weitgehend in den Händen kommerzieller Anbieter, die zum Teil sogar an der Börse notiert sind. Ihre Zinssätze erreichen bis zu 50 Prozent. Besonders die mangelhafte Aufklärung der Kreditnehmer und rabiate Eintreibungspraktiken werden den Mikro-Banken vorgeworfen. Andere Stimmen warnen jedoch davor, die Branche zu verdammen und zu stark zu regulieren und dabei die positiven Auswirkungen der Kleinkreditvergabe zu ignorieren. Sie befürchten, dass die Armen dann wieder in die Hände lokaler Geldverleiher getrieben werden.